



## Plenarprotokoll

### 33. Sitzung

Donnerstag, 29. Juni 2023

Inhalt .....	Seite	Inhalt .....	Seite
<b>Mitteilungen der Präsidentin und Geschäftliches</b> .....	2780	Sven Meyer (SPD) .....	2794
<b>Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde</b> .....	2780	Senatorin Katharina Günther-Wünsch .....	2794
1 <b>Aktuelle Stunde</b> .....	2780	Damiano Valgolio (LINKE) .....	2795
gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senatorin Katharina Günther-Wünsch .....	2795
<b>Die Welt zu Gast bei Freunden – erfolgreiche Special Olympics in Berlin</b> .....	2780	<b>Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen</b> .....	2795
(auf Antrag der Fraktion der SPD)		Katrin Schmidberger (GRÜNE) .....	2795
Lars Düsterhöft (SPD) .....	2780	Senator Christian Gaebler .....	2795
Klara Schedlich (GRÜNE) .....	2782	Katrin Schmidberger (GRÜNE) .....	2795
Stephan Standfuß (CDU) .....	2784	Senator Christian Gaebler .....	2796
Katina Schubert (LINKE) .....	2786	Julian Schwarze (GRÜNE) .....	2796
Karsten Woldeit (AfD) .....	2788	Senator Christian Gaebler .....	2796
Senatorin Iris Spranger .....	2789	<b>Großbrazzia Adler-Konzern</b> .....	2796
2 <b>Fragestunde</b> .....	2792	Katalin Gennburg (LINKE) .....	2796
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Senator Christian Gaebler .....	2796
<b>Zukunft Radwegeausbau</b> .....	2792	Katalin Gennburg (LINKE) .....	2797
Johannes Kraft (CDU) .....	2792	Senator Christian Gaebler .....	2797
Senatorin Dr. Manja Schreiner .....	2792	Katrin Schmidberger (GRÜNE) .....	2797
Johannes Kraft (CDU) .....	2793	Senator Christian Gaebler .....	2797
Senatorin Dr. Manja Schreiner .....	2793	<b>Scheitern E-Akte</b> .....	2797
Antje Kapek (GRÜNE) .....	2793	Antonin Brousek (AfD) .....	2797
Senatorin Dr. Manja Schreiner .....	2794	Regierender Bürgermeister Kai Wegner ...	2797
<b>Streikrecht Berufsschüler</b> .....	2794	Antonin Brousek (AfD) .....	2797
Sven Meyer (SPD) .....	2794	Regierender Bürgermeister Kai Wegner ...	2798
Senatorin Katharina Günther-Wünsch .....	2794	Stefan Ziller (GRÜNE) .....	2798
		Regierender Bürgermeister Kai Wegner ...	2798
		<b>Stopp Radverkehrsprojekte</b> .....	2798
		Niklas Schenker (LINKE) .....	2798
		Senatorin Dr. Manja Schreiner .....	2798
		Niklas Schenker (LINKE) .....	2798
		Senatorin Dr. Manja Schreiner .....	2799
		Andreas Otto (GRÜNE) .....	2799
		Senatorin Dr. Manja Schreiner .....	2799

<b>3.3</b>	<b>Priorität der Fraktion der SPD</b> .....	2823	Christian Gräff (CDU) .....	2837	
			Niklas Schenker (LINKE) .....	2839	
			Christian Gräff (CDU) .....	2840	
<b>19</b>	<b>Arbeitsplätze und energiewirtschaftliches Know-how der Mitarbeiter*innen bei Vattenfall Wärme und GASAG für Berlin erhalten</b> .....	2823	<b>Ordnungsruf für Katina Schubert (LINKE)</b> .....	2840	
	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Betriebe vom 12. Juni 2023 und dringliche Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 21. Juni 2023		Katrin Schmidberger (GRÜNE) .....	2841	
	Drucksache <a href="#">19/1062</a>		Torsten Schneider (SPD) .....	2842	
	zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke		Elif Eralp (LINKE) .....	2844	
	Drucksache <a href="#">19/0984</a>		Katrin Schmidberger (GRÜNE) .....	2845	
	Jörg Stroedter (SPD) .....	2823	Harald Laatsch (AfD) .....	2845	
	Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) .....	2824	Ergebnis .....	2846	
	Christian Gräff (CDU) .....	2825	<b>4</b>	<b>Wahl eines Mitglieds des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung des Ermittlungsverfahrens im Zusammenhang mit der Aufklärung der im Zeitraum von 2009 bis 2021 erfolgten rechtsextremistischen Straftatenserie in Neukölln (UntA Neukölln II)</b> .....	2846
	Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) .....	2826		Wahl	
	Christian Gräff (CDU) .....	2826		Drucksache <a href="#">19/0909</a>	
	Damiano Valgolio (LINKE) .....	2826		in Verbindung mit	
	Frank-Christian Hansel (AfD) .....	2828	<b>5</b>	<b>Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds der G-10-Kommission des Landes Berlin</b> .....	2847
	Ergebnis .....	2828		Wahl	
	Beschlusstext .....	2891		Drucksache <a href="#">19/0915</a>	
<b>3.4</b>	<b>Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b> .....	2829		und	
<b>34</b>	<b>Kein Radwege-Stopp für Berlin – geltendes Recht umsetzen, Verkehrssicherheit priorisieren!</b> .....	2829	<b>6</b>	<b>Wahl von zwei Mitgliedern des Präsidiums des Abgeordnetenhauses</b> .....	2847
	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke			Antrag der AfD-Fraktion	
	Drucksache <a href="#">19/1046</a>			Drucksache <a href="#">19/0936</a>	
	Oda Hassepaß (GRÜNE) .....	2829		und	
	Sebastian Walter (GRÜNE) .....	2829	<b>7</b>	<b>Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Richterwahlausschusses</b> .....	2847
	Oda Hassepaß (GRÜNE) .....	2829		Wahl	
	Johannes Kraft (CDU) .....	2830		Drucksache <a href="#">19/0945</a>	
	Oda Hassepaß (GRÜNE) .....	2831		und	
	Johannes Kraft (CDU) .....	2831	<b>8</b>	<b>Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Verfassungsschutz</b> .....	2847
	Niklas Schenker (LINKE) .....	2832		Antrag der AfD-Fraktion	
	Maik Penn (CDU) .....	2833		Drucksache <a href="#">19/1000</a>	
	Niklas Schenker (LINKE) .....	2833		Ergebnisse .....	2855
	Tino Schopf (SPD) .....	2834			
	Rolf Wiedenhaupt (AfD) .....	2835			
	Ergebnis .....	2836			
<b>3.5</b>	<b>Priorität der Fraktion Die Linke</b> .....	2836			
<b>40 A</b>	<b>Volksentscheid umsetzen: Deutsche Wohnen &amp; Co enteignen</b>				
	Dringlicher Antrag der Fraktion Die Linke auf Annahme einer Entschließung				
	Drucksache <a href="#">19/1075</a>				
	Niklas Schenker (LINKE) .....	2836			

**(Katrin Schmidberger)**

Es ist immer gut, wenn man auch alternative Maßnahmen diskutiert. Ich finde solche Ideen von Herrn Fratzscher wie Gewinne besser abzuschöpfen als weitere Maßnahme sehr gut, aber der Haken ist doch: Wir als Land Berlin können das doch gar nicht machen. Das kann nur der Bund. Und alle, die der Meinung sind, es gebe für das Land Berlin genug Alternativen, die frage ich: Ja, wo sind Sie denn? Was tun Sie denn, um die weitere Verteuerung von bezahlbarem Bestand zu verhindern? – Sie alle hatten doch genug Zeit, Alternativen zur Vergesellschaftung zu entwickeln oder mit bezahlbarem Neubau zu überzeugen!

Sie, Herr Wegner, Sie vor allem, und auch Ihr Kollege Luczak, hatten auf Bundesebene wirklich lange Zeit, das Mietrecht entsprechend so zu gestalten, dass die Mieterinnen auch geschützt werden, aber Sie und Herr Luczak waren ja mit Blockaden und Ausbremsen beschäftigt. Zu lange haben Sie sich gewehrt, zum Beispiel gegen mehr Mieterschutz bei Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Herr Luczak hat lieber gegen den Mietendeckel geklagt, als sich selbst um Lösungen auf Bundesebene zu kümmern. Wir alle, Herr Wegner, nehmen der CDU jedenfalls nicht ab, dass es Ihnen jemals um Mieterinnen- und Mieterinteressen und nicht um Vermieterinteressen ging!

[Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN  
und der LINKEN]

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Frau Kollegin! Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Katrin Schmidberger (GRÜNE):**

Deshalb sage ich Ihnen, Herr Wegner: Die Vergesellschaftung und die Forderung danach ist nicht nur Konsequenz aus Ihrer Politik, sondern es ist auch Notwehr. Ein milderes Mittel als Vergesellschaftung gibt es nicht, um den Berliner Wohnungsmarkt mehrheitlich gemeinwohlorientiert auszurichten.

[Zuruf von der LINKEN: Richtig!]

Es fehlt eine Alternative, die bei gleichem Ertrag für die Zwecke des Allgemeinwohls offensichtlich milder ist; so jedenfalls 11 von 13 Expertinnen und Experten. Wer denkt, man kann sich jetzt aus der Affäre ziehen, sich wegducken oder das Thema auf die lange Bank schieben, dem sage ich: Das wird nicht klappen, denn der Druck auf die Mieterinnen und Mieter wird leider zunehmen.

Hier hilft kein Lavieren, und nein, lieber Herr Senator Gaebler, Ihr Versprechen eines Umsetzungsgesetzes von gestern in der RBB-„Abendschau“ ist der Maßstab, an dem wir Sie ab heute messen werden, und zwar, bis es kommt. – Vielen Dank!

[Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN]

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Vielen Dank! – Der Kollege Schneider hat nun für die SPD-Fraktion das Wort.

**Torsten Schneider (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Déjà-vu: Vor über vier Jahren habe ich zu diesem Thema hier schon einmal gesprochen. Ich habe der AfD gesagt – und versucht, ein bisschen die Angst zu nehmen –, dass es so etwas wie staatliche Interventionen in den Monopolkapitalismus schon unter Königin Victoria gab, bei AT&T und was weiß ich, wo überall noch. Das hat allerdings nicht verfangen. Ich habe der FDP seinerzeit gesagt, dass wir, die SPD, der Auffassung sind, dass die Vergesellschaftung erstens kein totes Verfassungsrecht ist und zweitens in Landeskompetenz durchgeführt werden kann, unter anderem, weil es die FDP war, die im Parlamentarischen Rat das Gegenteil beantragt hat und damit gescheitert ist. Den Kollegen der CDU habe ich gesagt, dass sie auch ein Verdienst haben, nämlich durch einen Wortbeitrag vom Herrn Kollegen von Mangoldt, Mitglied des Parlamentarischen Rates, an der überwiegenden Auffassung, dass man bei der Vergesellschaftung auch unterhalb des Verkehrswerts entschädigen kann. Und schließlich habe ich der Kollegin Lompscher von der Linkspartei gesagt, dass nach unserer Auffassung allerdings ein milderes Mittel besteht, nämlich der Mietendeckel.

Wenn Sie jetzt diesen Bericht aufschlagen – deswegen Déjà-vu – finden Sie das da alles auf über 100 Seiten genau so aufgeschrieben. Also uns überrascht das in keiner Weise. – Dank an diejenigen, die sich diese Arbeit gemacht haben, an die Hochkarätigen! – Ich glaube, wir sollten schon aus Respektgründen nicht einfach darüber hinweggehen, sondern uns damit substantiell auseinandersetzen.

Es gibt zwei Schätzungen, die ich mir habe noch mal vorlegen lassen. Die Klimawende, die Klimaneutralität in Deutschland bis 2045 kostet zwischen entweder 5 Billionen oder 6 Billionen Euro, also 250 Milliarden Euro im Jahr. Das Konzept, das derzeit darzustellen, ist die reine Sozialisierung über Preise oder Mieten. Das ist die Wahrheit, und da können wir jetzt alle euphorisch miteinander umgehen und uns gegenseitig irgendwelche Vorhaltungen machen. Ich glaube ganz sicher, ohne mich daran beteiligen zu wollen, wer den rechten Rand in irgendeiner Weise verstärkt, weil ich das relativ albern und schon die Debatte darüber schädlich finde: Wenn das so Realität wird, dann werden diejenigen stark, die die simpelste, die profanste Antwort darauf haben: Klimaschutz braucht man nicht! Wärmewende braucht man nicht! – Das ist nicht die Auffassung der SPD-Fraktion.

[Zuruf von Harald Laatsch (AfD)]

Darauf muss die Politik eine Antwort finden. Im Bundestag gibt es derzeit zwei Konzepte: eins der Linksfraktion

**(Torsten Schneider)**

– Abschaffung der Modernisierungumlage. Ich persönlich unterstütze dieses Konzept.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –  
Beifall bei der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN]

Es gibt ein zweites Konzept, das der grünen Freunde und der FDP, und ich befürchte, das hat sich gerade durchgesetzt. Da bekommt das Wort Rückschritt, meine Freunde von den Grünen, eine ganz andere und diesmal wirklich politische Bedeutung.

[Beifall bei der SPD]

Wenn man den jahrzehntelangen Kampf, die Modernisierungumlage, die seit 50 Jahren existiert, von ursprünglich 14 Prozent auf 11 Prozent und unter Schwarz-Rot auf 8 Prozent inklusive Kappungsgrenze, 3 Euro in sechs Jahren – – Oder andersherum: Wenn man die jetzt auf 10 Prozent hochstellt, das ist Rückschritt, und zwar katastrophaler Rückschritt.

[Beifall bei der SPD und der LINKEN –  
Beifall von Christian Gräff (CDU)]

Eins zeigt mir das jedenfalls: Mit dieser politischen Realität ist es relativ unwahrscheinlich, das zu tun, was der Staat eigentlich meiner Auffassung und auch der Auffassung der SPD-Fraktion nach tun müsste. Er müsste gesetzlich preislich intervenieren. Die dauerhafte Sozialisierung über Preise und Mieten auf die Verbraucherinnen und Verbraucher – fragen Sie mal Frau Pop, wenn Sie mir das nicht glauben; sie ist bekanntermaßen nicht Mitglied des linken Flügels der Grünen – ist ein Irrweg; dem müssen wir entgegenreten.

[Beifall bei der SPD –  
Beifall von Tobias Schulze (LINKE)]

Deshalb denken wir die Vergesellschaftung auch viel größer. Uns muss man darüber auch nicht belehren. Auf unserem Vereinigungsparteitag vor 150 Jahren haben wir sie programmatisch untersetzt, und dem Grundgesetz haben wir 1949 überhaupt nur deshalb zugestimmt, weil es die Vergesellschaftung gibt.

[Beifall bei der SPD –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der LINKEN]

Jetzt sind wieder 75 Jahre vergangen. Deswegen verstehe ich nicht, warum Sie das so leichtfertig aufs Spiel setzen und jetzt die Sektorerweiterung, die wir schon verabredet hatten und die auch mit der CDU verabredet ist, verwerfen, um diesen kleinen, schmalen Sektor – –

[Unruhe bei der LINKEN –  
Zurufe von der LINKEN]

– Das steht in Ihrem Antrag – ich habe den auch gelesen; das mache ich sehr selten –: dass es keines Rahmengesetzes bedarf, weil das Grundgesetz selbst der Rahmen sei. – Was ist das denn sonst als eine Absage an das, was wir hier schon verabredet hatten?

[Beifall bei der SPD und der CDU –  
Anne Helm (LINKE): Nein, wir können beides machen!]

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Herr Kollege! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schwarze?

**Torsten Schneider (SPD):**

Ich gestatte weder eine noch überhaupt irgendeine Zwischenfrage; ich gestatte nie Zwischenfragen.

[Anne Helm (LINKE): Das schreiben wir  
in die GO rein: Keine Zwischenfragen  
für den Kollegen Schneider!]

Aber natürlich bin ich bereit, auf Zwischeninterventionen gegebenenfalls zu reagieren.

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort!

**Torsten Schneider (SPD):**

Danke, dass ich das Wort habe; das freut mich sehr!

[Heiterkeit]

Diese Frage zu beantworten, ist jetzt natürlich schwerer geworden, bedeutend schwerer, wenn es keine preisliche Intervention gibt, und das ist auch von der Kommission herausgearbeitet worden in Wiederholung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, die ich für ein milderes Mittel hielte, denn das ist doch das, was umtreibt: die Explosion der Mieten und die Schere zu den explodierenden Unternehmensgewinnen im Energiesektor, im Mietensektor, dreistellige Milliardenbeträge. Wenn es keine Preisregulierung gibt, ja nicht einmal eine Öffnungsklausel für Gebietskörperschaften mit einem angespannten Mietenmarkt zum Beispiel – das wäre ja mal möglich –,

[Tobias Schulze (LINKE): Na, dann mal los, Ampel!]

dann fehlt in der Tat das mildere Mittel. Aber uns interessiert das in keiner Weise im Hopplahopp-Verfahren; auch das war da verabredet und ein sehr kluger Vorschlag der Linken – ein sehr kluger Vorschlag.

Dieses rechtliche Neuland, das ich für sinnvoll halte, für ein neues Instrument in Staatshand erachte, ausgewogen zu betreten und rechtssicher dadurch, dass es einer rechtlichen Kontrolle zugeführt wird – –

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Kommen Sie bitte zum Schluss!

**Torsten Schneider (SPD):**

Insoweit ist das jetzt natürlich ein Eiertanz, den Sie hier veranstalten. Wir haben da eine Verabredung; die hatten wir auch mit Ihnen. Dass Senator Gaebler gesagt hat oder gesagt haben soll – mit oder ohne Missverständnis –, dass er auch ein Vollzugsgesetz, in welchem Sektor auch immer, vorbereitet, das halte ich für vollkommen normal. In der Exekutive macht man so etwas immer, unabhängig davon, ob man das politisch haben will oder nicht,

[Anne Helm (LINKE): Ja!]

ganz normales Business. Also lassen Sie uns endlich diesen Weg gemeinsam gehen – analytisch. Übrigens allein das, was jetzt der Bund beschließen will – –

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Herr Kollege! Kommen Sie bitte zum Schluss!

**Torsten Schneider (SPD):**

– Ich komme zum Schluss; bin auch fast fertig.

[Unruhe]

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Danke!

**Torsten Schneider (SPD):**

Allein das, was der Bund jetzt beschließen will, bedeutet nach Einschätzung der Mieterverbände nur beim Austausch der Heizung eine Mieterhöhung von 1 Euro pro Quadratmeter. Das ist aber erst der Beginn.

[Unruhe]

Das ist erst der Beginn von 6 Billionen Euro, die noch kommen. Darauf müssen wir eine Antwort finden, und nicht in diesem Kaspertheater, wie es mir vorkam, der hochquellenden Emotionen, denn das Handwerk, das wir hier miteinander auszurichten haben, gebietet tiefe Rationalität. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

[Beifall bei der SPD –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Die Kollegin Eralp bekommt jetzt die Gelegenheit für die erste Zwischenbemerkung zu dieser Rederunde.

**Elif Eralp (LINKE):**

Lieber Kollege Schneider! Das war doch eine bemerkenswerte Rede. Einige Parallelen haben Sie aufgezeigt, aber wo ich gar nicht mit Ihnen einverstanden bin, ist, dass Sie sagen, wir hätten hier irgendetwas leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Sie als SPD haben leichtfertig aufs

Spiel gesetzt, bezahlbaren Wohnraum für die Menschen in dieser Stadt in einer R2G-Konstellation zu schaffen.

[Beifall bei der LINKEN –  
Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN –  
Zurufe von der AfD]

Denn mit uns ist die Vergesellschaftung möglich gewesen, anders als mit der CDU. Sie haben hier eben von einer Lösung, die wir gemeinsam hatten, gesprochen. Das Vergesellschaftungsrahmengesetz war die Idee der SPD. Wir können gerne ein Vergesellschaftungsrahmengesetz machen, aber nicht vor einem oder statt eines Umsetzungsgesetzes für den Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“.

[Beifall bei der LINKEN]

Dafür waren wir auch nicht zu haben. Wir haben gesagt: Ja, Rahmengesetz, aber auch Umsetzungsgesetz!

[Carsten Schatz (LINKE): So, wie Gaebler gesagt hat!]

Und das ist der Unterschied in dem Papier, das wir gemeinsam ausgehandelt haben, zu dem Papier, das Sie mit der Immobilienlobby von der CDU ausgehandelt haben.

[Beifall bei der LINKEN –  
Katalin Gennburg (LINKE): Hu!]

Da können Sie ja die Grünen wegen anderer Fragen, bei denen wir vielleicht einer Meinung sind, kritisieren, aber die Grünen wollten auch die Vergesellschaftung und waren bereit, da mitzugehen. – Sie haben das blockiert, und das muss man hier auch mal festhalten.

Jetzt möchte ich Sie daran erinnern, dass Ihr Parteitag beschlossen hat: Wenn die Kommission grünes Licht gibt

[Stefan Häntsch (CDU): Wer ist diese Kommission?]

und sagt, die Vergesellschaftung ist machbar, dann muss geliefert werden, dann muss umgesetzt werden. – Da steht nichts von einem Rahmengesetz drin in diesem SPD-Parteitagsantrag, sondern: Umsetzung sofort! – Deswegen erwarten wir und auch die 60 Prozent der Berlinerinnen und übrigens auch Ihre eigenen Genossinnen ein Umsetzungsgesetz für die Vergesellschaftung der Wohnungsbestände von großen Unternehmen.

[Beifall bei der LINKEN –  
Frank-Christian Hansel (AfD): Dafür gibt es  
keine Mehrheit! Danke, Ende!]

Der Mietendeckel ist wichtig, ja, aber es gibt nicht das eine oder das andere; wir brauchen beides. Wir brauchen die Preisregulierung, aber wir brauchen auch mehr Wohnungen in öffentlicher Hand. Da ist die Vergesellschaftung das optimale Mittel. Sie haben selbst gesagt, dass Ihre SPD das erkämpft hat vor vielen Jahrzehnten. Bitte, dann machen wir es gemeinsam. Es gibt eine parlamentarische Mehrheit hier für die Umsetzung, für das Wirksammachen des Artikels 15 GG, von dem Sie Ihre Zustimmung zur Verfassung abhängig gemacht haben, wie Sie eben ausgeführt haben. Dann lassen Sie uns das